

Homberg, 26.11.2015

Rede zum Haushaltsentwurf und zum Haushaltssicherungskonzept 2016

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,

Der von der Verwaltung erstellte und vom Magistrat eingebrachte Haushaltsentwurf 2016 hat folgende Eckdaten:

Überschuss (Ergebnishaushalt)	737.590 €
Kreditaufnahme (Investitionen)	5.312.350 €
Höchstbetrag der Kassenkredite	6.000.000 €

Die städtischen Verbindlichkeiten werden in 2016 den Betrag von 80.000.000 Euro erreichen.

In diesem Betrag sind die im Haushalt ausgewiesenen Schulden in Höhe von ca. 60 Millionen Euro, Verbindlichkeiten aus Bodenbevorratungsmaßnahmen gegenüber der HLG, anteilige Verpflichtungen gegenüber Zweckverbänden und dem Gruppenwasserwerk und Darlehen aus dem Sofortprogramm Abwasser enthalten. Nicht berücksichtigt sind dagegen bilanziell auszuweisende Rückstellungen.

Bei aller Freude, dass die Ziele des Schutzschildvertrages problemlos eingehalten werden und erstmals seit langer Zeit wieder ein Überschuss ausgewiesen wird, ist festzuhalten, dass die Verschuldung unserer Stadt rapide zunimmt.

Das kann nicht der richtige Weg sein.

Unser Schuldendienst für Zins und Tilgung beträgt 2016 mehr als 4,3 Millionen Euro und das bei extrem niedrigen Zinsen. Hoffen wir darauf, dass der Kreditzins noch lange niedrig bleibt.

Erfolgsfaktor des vorgelegten Haushalts ist die um 3,5 Millionen Euro höher veranschlagte Schlüsselzuweisung des Landes, die aus der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs resultiert.

Dem steht eine um 1,5 Millionen Euro erhöhte Kreis- und Schulumlage und ein deutscher Rückgang bei den Gewerbesteuereinnahmen gegenüber, so dass von einem Plus von etwas weniger als 2 Millionen Euro ausgegangen werden kann.

Nach Abzug dringend notwendiger und in den letzten beiden Jahren zurückgestellter Ausgaben für Reparaturen und Instandhaltungen (u. a. im Bereich der Straßen und Brücken) bleibt erstmals seit langer Zeit ein Überschuss.

Hoffen wir darauf, dass die veröffentlichten Prognosedaten zutreffend sind und der Stadt die Einnahmen auch tatsächlich zufließen.

Hoffen wir darauf, dass die zu Grunde gelegten Prognosen langfristig zutreffen werden.

Sollten die Einnahmen vom Land nicht in vorausgesagter Höhe zufließen, würde unser Haushalt wie ein Kartenhaus zusammenbrechen und Krisensitzungen folgen.

Erlebt haben wir das leider im letzten Jahr, als wir einen Einbruch bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen hatten.

Eigene Handlungsfähigkeit erlangen wir mit einer solchen Haushaltspolitik nicht. Das Vertrauen auf höhere Einnahmen und Einsparung von Ausgaben allein wird nicht ausreichen, um unsere Haushaltssituation nachhaltig zu verbessern.

Wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Haushaltsverbesserung und somit dafür Handlungsspielräume für Homberg zu erhalten, ist ein Abbau der Verschuldung.

Dies hatte auch das Land Hessen erkannt und uns 2013 im Rahmen des Kommunalen Schutzschirm 15,9 Millionen Euro zur Schuldentilgung überlassen.

Heute bleibt festzuhalten, dass Sinn und Wirkung des kommunalen Schutzschirms in Homberg ins Leere gehen, da wir unsere Schulden nicht nennenswert abgebaut haben. Tatsächlich haben wir heute wohl höhere Schulden als vor dem Geldregen des Schutzschirms.

Trotz des Haushaltsüberschusses dürfen wir das vorliegende Ergebnis nicht schönreden. Leidtragende der Haushaltspolitik sind und werden immer mehr die Bürger. Mit der mehrfach erhöhten Grundsteuer und erheblich gestiegenen Abwassergebühren sind sie es, die die Last unserer Haushaltspolitik zu tragen haben.

Im Rahmen einer Bürgerversammlung hat Herr Bürgermeister Dr. Ritz bereits angekündigt, dass 2016 die Abwassergebühren erneut steigen werden.

Auch 2016 wird daher ein teures Jahr für die Homberger werden.

Rund 41% der Homberger Bevölkerung leben nicht in der Kernstadt sondern in den 20 Stadtteilen.

Die FWG stellt heute die Frage, ob diese 41% in der vorliegenden Haushaltssatzung angemessen berücksichtigt wurden.

Durch höhere Grundsteuer und ständig steigende Abwassergebühren sind es gerade auch die Bewohner der Stadtteile, die erheblich getroffen werden. Die Grenze des Zumutbaren ist fast erreicht.

Städtische Immobilien auf den Dörfern stehen zum Verkauf. Die Schließung des Hallenbads in Hülsa wird diskutiert, die Schließung von Dorfgemeinschaftshäusern scheint möglich.

Solche Drohkulissen aufzubauen ist der falsche Weg.

Wichtig ist die Erhaltung der dörflichen Infrastruktur.

DGHs sind oft der einzige Raum zum Versammeln, Feiern und Wählen.

Wo soll der Ortsbeirat tagen – im Wohnzimmer des Ortsvorstehers?

Die FWG begrüßt die Bestrebungen die DGHs in die Trägerschaft der Dorfgemeinschaft oder von Vereinen zu übertragen

Nicht in erster Linie weil Kosten eingespart werden, denn die Einsparungen werden nur minimal sein, sondern weil eine bessere Nutzung und Vermarktung zu erwarten ist und durch höhere Einnahmen eine höhere Rentabilität erreicht wird.

Aber sollte die Übernahme in eine private Trägerschaft in einigen Stadtteilen scheitern, so darf dies nicht Schließung der Einrichtung oder Verkauf des Gebäudes bedeuten.

Gerade der dörfliche Raum muss Lebenswert bleiben, nur so kann man der Landflucht und dem demographischen Wandel begegnen.

Unser Augenmerk darf sich nicht vordringlich auf die Schließung der möglicherweise unrentablen dörflichen Einrichtungen richten, sondern darauf, wie die Qualität des dörflichen Raums gesteigert und somit die Einwohnerzahl erhalten werden kann. Dieses Ziel ist aus Sicht der FWG ebenso wichtig wie die Förderung der Homberger Innenstadt.

Wer soll später für 80 Millionen Schulden gerade stehen, wie hoch steigt unsere Abwassergebühr und mit welchen Grundsteuererhöhungen muss der Homberger rechnen, wenn der Bevölkerungsrückgang erheblich wird? Auf immer weniger Personen müssten gleichbleibende oder gestiegene Kosten umgelegt werden.

Kernstadt und Stadtteile sind als eine Einheit zu sehen, in beide Bereiche muss gleichermaßen investiert werden. Blutet ein Bereich aus, so muss der andere die finanziellen Konsequenzen tragen.

Deshalb ist es extrem wichtig nicht nur zu erhalten, was da ist, sondern auch hier in die Zukunft zu investieren.

Vordringlich sollten Projekte zur Steigerung der Mobilität angefasst werden.

Diskutiert haben wir das Thema Bürgerbus bereits vor Jahren – passiert ist bis heute nichts.

Warum funktioniert so ein Bürgerbus-Projekt anderen Orts und nicht in Homberg? Müssen wir das Rad erst neu erfinden oder kann man eventuell auf Erfahrungen anderer Orte (z.B. Knüllwald) zurückgreifen.

In solche Bereiche zu investieren ist aus Sicht der FWG sinnvoll, weil eine solche Investition allen Hombergern zu Gute kommen würde. Nur durch die Schaffung von Anreizen bleibt der ländliche Raum lebenswert und wir können dem demographischen Wandel begegnen.

Damit kein falscher Eindruck entsteht! Die FWG ist nicht grundsätzlich gegen den Verkauf von städtischen Immobilien. Ein Verkauf – eventuell auch für kleines Geld – kann sinnvoll sein, da Kosten des laufenden Betriebs und der zukünftigen Instandhaltung eingespart werden können.

Abzulehnen ist allerdings die sinnlose Beseitigung von Einrichtungen und der willkürliche Verkauf von Immobilien gegen den Willen von Ortsbeiräten und Dorfbevölkerung.

Als Negativbeispiele seien hier der Minigolfplatz in Hülsa und das ehemalige Feuerwehrgerätehaus in Lützelwig genannt.

Entgegen eines ausdrücklichen Ortsbeiratsbeschlusses wurde der Hülsaer Minigolfplatz in einer Nacht und Nebel- Aktion abgerissen. Eine Freizeiteinrichtung wurde vernichtet, eine Kostenersparnis vermag ich nicht zu erkennen, da Pflege und Unterhaltung durch die Dorfgemeinschaft erfolgten.

Das Feuerwehrgerätehaus in Lützelwig wurde gegen den Willen von Ortsbeirat, Bevölkerung und Nutzungsberchtigten für kleines Geld veräußert. Die Folgen, das Fehlen von Parkplätzen im Friedhofsgebiet, Kosten für den Neubau einer Sirenenanlage und Anschlusskosten wurden vorher nicht ausreichend bedacht.

Es mutet als schlechter Witz an, dass in den heute zu genehmigenden Investitionen 2016 10.000 Euro für die Installation einer Mastsirene in Lützelwig enthalten sind.

Was hat uns der Verkauf des Gebäudes außer Verstimmung und Ärger gebracht?
Einen finanziellen Erfolg vermag ich nicht zu erkennen.

Aber kommen wir noch einmal zum Haushalt zurück.

Der heute zur Abstimmung stehende Haushalt hat nicht nur durch seine äußere Form (als Ringbuch) und durch den ausgewiesenen Überschuss an Qualität gewonnen. Insbesondere durch den ausführlichen Vorbericht und die gegebenen Erläuterungen ist er deutlich transparenter und aussagefreudiger als seine Vorgänger.

Das mühselige Erfragen von Zahlen, wie zum Beispiel die Höhe von Verbindlichkeiten aus Bodenbevorratungsmaßnahmen der HLG, bleibt den Parlamentariern erspart.

Dies ist ein Schritt zu mehr Transparenz und somit in die richtige Richtung.

Dafür bedanken möchte ich mich bei Bürgermeister und Verwaltung, insbesondere bei Herrn Debus und Herrn Arndt, die für Fragen kurzfristig und auch außerhalb ihrer eigentlichen Dienstzeit zur Verfügung standen.

Offenheit und Transparenz müssen auch weiterhin ein wesentliches Kriterium der städtischen Politik sein. Nicht nur beim Haushalt, sondern auch bei den anstehenden Großprojekten wie Einkaufszentrum Drehscheibe, Innenstadtentwicklung und Neubau eines Kindergartens.

Die Homberger Bürgerinnen und Bürger müssen informiert und beteiligt werden.

Nur so kann verloren gegangenes Vertrauen langsam zurückgewonnen werden kann.

Grund für eine Ablehnung ist für die FWG-Fraktion vorrangig, dass das Thema Schuldenabbau in diesem Haushalt nicht vorkommt. Vielmehr steigt durch die Aufnahme von weiteren Investitionskrediten die Verschuldung um mehr als 5,3 Millionen Euro.

Mit fast 80 Millionen Euro haben die städtischen Verbindlichkeiten eine Besorgnis erregende Höhe erreicht.

Der heute zur Abstimmung stehenden Haushaltssatzung 2016 mit Haushaltssicherungskonzept stimmt die FWG-Fraktion daher nicht zu.

(Achim Jäger, Fraktionsvorsitzender)